



Neoliberalismus und Staat: Rückzug oder autoritäre Transformation?

Im folgenden Beitrag möchte ich das widersprüchliche Verhältnis von (bürgerlich-kapitalistischem) Staat und dem seit nunmehr 40 Jahren vorherrschenden neoliberalen Paradigma ausloten und dabei insbesondere der Frage nachgehen, ob die neoliberale Transformation – wie oftmals behauptet – tatsächlich einen Rückzug des Staates bedeutet. Abschliessend möchte ich in knappen Worten der Frage nachgehen, welche Auswirkungen die ›Eurokrise‹ im Kontext der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise für das Verhältnis von Nationalstaat, europäischen Institutionen und Demokratie beziehungsweise einer autoritären Transformation der Demokratie hat.

Als Ausgangspunkt dieser staatsrechtlichen Fragestellung muss zunächst festgehalten werden, dass die Reproduktion kapitalistischer Gesellschaften grundlegend darauf angewiesen ist, dass die Gewaltmittel von den unmittelbaren ökonomischen Produktionsverhältnissen getrennt sind. Wären die ProduktionsmittelbesitzerInnen mit Privatarmen ausgestattet und würden Konflikte zwischen diesen durch Fehden und Kleinkriege ausgetragen, wäre die einigermaßen kontinuierliche Reproduktion kapitalistischer Produktion kaum vorstellbar. Insofern besteht zwischen Staat und kapitalistischer Ökonomie ein grundsätzliches Trennungs- oder Besonderungsverhältnis, was jedoch nicht bedeutet, dass Staat und staatliche Politik keinen Einfluss auf den wirtschaftlichen Prozess ausüben. Claus Offe (1975/2006) wies in den 1970er Jahren darauf hin, dass der moderne Staat (genauer: dessen Personal) aufgrund eines wesentlichen »Interesses an sich selbst« darauf angewiesen ist, dass der ökonomische Prozess genügend Profit abwirft, da sein eigener Bestand als Steuerstaat unmittelbar davon abhängig ist. Der hierin knapp aufscheinende Widerspruch zwischen Besonderung des Staates von der Ökonomie und notwendiger Intervention wird, wie derzeit, vor allem in Krisenzeiten besonders augenfällig.

John Kannankulam

Ist Juniorprofessor für Politische Ökonomie und Europäische Integration an der Universität Marburg. Texte unter <http://kannankulam.de/>

**Vom Fordismus zum
Neoliberalismus**

Vergleicht man nun die Phase



nach dem Zweiten Weltkrieg mit jener nach der Krise der 1970er Jahre, ist zunächst einmal offensichtlich, dass mit jener Krise die euphorische Vorstellung, den ökonomisch-gesellschaftlichen Prozess unter tripartistischer Einbeziehung von Kapital, Gewerkschaften und Staat steuern und planen zu können (für viele: Shonfield 1965), ebenfalls in die Krise geriet. Der staatliche Planungs- und Steuerungsoptimismus der Nachkriegsära beruhte ganz grundlegend auf dem 1944 in Bretton Woods geschlossenen Abkommen, das vorsah, Institutionen mit dem Ziel ins Leben zu rufen, die internationalen Kapitalbewegungen der politischen Kontrolle zu unterwerfen (vgl. Helleiner 1993, S. 22f.). Die Chefunterhändler John Maynard Keynes (GB) und Harry Dexter White (USA) waren sich im Kern darin einig, dass im Gegensatz zur liberalen Ordnung vor dem Krieg »internationalen Kapitalbewegungen nicht mehr erlaubt werden konnte, die politische Autonomie des neuen interventionistischen Wohlfahrtsstaates zu stören. Ihr Hauptanliegen war es, die neuen, in den 1930er Jahren entwickelten makroökonomischen Planungsmassnahmen abzusichern«. (Helleiner 1996, S. 33; Übers. J.K.)

Zentrale Säule dieses Systems war die feste Bindung des US-Dollar als Leitwährung an das Gold, und die daran teilnehmenden Staaten wurden darauf verpflichtet, ihre Wechselkurse im Verhältnis zum Dollar durch entsprechende Devisenmarkt-Interventionen zu stabilisieren (Herr 1992, S. 311ff.). Ziel dieses Arrangements stabiler Wechselkurse war, die politische Autonomie der (Wohlfahrts-) Staaten zu gewährleisten und spekulative Finanzbewegungen zu verhindern, die Harry Dexter White als »eine der Hauptursachen für Wechselkursstörungen« ansah (zit. in Helleiner 1993, S. 27; Übers. J.K.). Die Gründung des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Vorläuferorganisation der Weltbank¹ als Garanten plus die Einsetzung von Kapitalverkehrskontrollen bildeten das institutionelle Kernstück der neuen Weltfinanzordnung (Tetzlaff 1996, S. 51ff.).

Innerhalb dieses Systems hatten die Nationalstaaten – so die Vorstellung – weitgehende Planungssicherheit bezüglich ihrer Finanz- und Wirtschaftspolitik, die es ihnen auch ermöglichen sollte in Krisenzeiten durch schuldenfinanziertes *deficit spending* die eigene Nationalökonomie antizyklisch anzukurbeln.

Krise der 1970er Jahre

Spätestens Mitte der 1970er Jahre jedoch kamen verschiedene Faktoren zusammen, die dieses System und die damit einhergehenden staatlichen Funktionen ins Wanken brachten. Erstens verzeichneten die USA seit Mitte der 1960er Jahre – unter anderem wegen eines ambitionierten Ge-



sellschafts- und Sozialprogramms (Great Society), vor allem aber wegen des Kriegs in Vietnam – ein zunehmendes Haushaltsdefizit, das die Leitwährung des Bretton-Woods-Systems zusehends schwächte. Zweitens kam es infolge der relativ langen Phase ökonomischer Prosperität im Verbund mit der vielfach erreichten Vollbeschäftigung in den westlichen Wohlfahrtsstaaten zu einer zunehmenden Stärke der ArbeiterInnenklasse, der es zum Teil gegen ihre Gewerkschaften gelang, trotz erster ökonomischer Krisenanzeichen relativ hohe Löhne durchzusetzen. Drittens erwies sich die Hoffnung, mittels staatlich-antizyklischer Politik den ökonomischen Krisenprozessen entgegensteuern zu können, letztlich als illusorisch. Dies hing zum einen damit zusammen, dass Diagnose und Prognose, »d.h. die Schwierigkeit, die momentane und zukünftige Entwicklung richtig einzuschätzen, in dem die gegebenen Daten kurzfristig interpretierbar werden«, schwerlich in Einklang zu bringen waren (Schroeder 1984, S. 32). Viertens erwiesen sich das prinzipielle Problem der Entscheidungsverzögerung, die »sich auf der politisch-parlamentarischen und bürokratischen Ebene ergeben«, sowie der »time-lag zwischen dem Beginn der konjunkturpolitischen Massnahmen und ihrer Auswirkung im Wirtschaftsprozess« als Faktoren, die die keynesianischen Hoffnungen zerstörten (ebd.).

Vor diesem Hintergrund gerieten einerseits die tripartistisch-korporatistischen Arrangements zwischen Kapital, Gewerkschaften und Staat zusehends unter Druck, andererseits verselbstständigten sich die staatlichen Krisenstrategien gegenüber den anvisierten Zielen und den beteiligten Akteuren. Die ökonomische Rolle und Funktion des Staates wirkt in einer solchen Situation »nicht nur im stabilisierenden Sinne«, so Nicos Poulantzas 1977, »sondern ist ganz im Gegenteil auch ein wichtiger Faktor der Destabilisierung« (Poulantzas 1978/2002, S. 241).

Zusätzlich zu diesen Krisenprozessen waren es drei miteinander verbundene Entwicklungen, die den Verlauf und den Ausgang jener damaligen Krise in den westlichen Metropolenstaaten wesentlich beeinflussten: Zum einen der Zusammenbruch des Bretton-Woods-Systems und die erneute Liberalisierung der Währungs- und Finanzmärkte, zum anderen der Aufstieg des Neoliberalismus in jener Zeit und schliesslich die grundlegende Reorganisation der kapitalistischen Produktionsweise, die als Beginn der heute als Globalisierung bezeichneten Prozesse betrachtet werden kann.

Die Liberalisierung der Währungsmärkte

Die Abkopplung des Geldes vom Goldstandard, die mit dem Zusammenbruch des Bretton Woods-Systems einherging, brachte eine ent-



scheidende Veränderung *der Funktion* des Geldes mit sich. Ist das Geld durch den Goldstandard noch an eine *reale* Ware und produktive Grösse (durch menschliche Arbeit hergestelltes Material) gekoppelt, ist mit der Aufhebung dieser Kopplung die Wertfundierung nur rein monetär möglich (Candeias 2004, S. 107). Wichtig ist in diesem Zusammenhang »die Unverzichtbarkeit der Zentralbank (...), die nun institutionelle Regeln der Geldmengensteuerung in Bezug auf die Leistungen der Arbeit entwickeln muss, weil die neutrale Bindung an die durch Arbeit produzierte Metallmenge nicht mehr existiert« (Altvater 1997, S. 100). Oberstes Ziel der Zentralbank ist es nun, die Geldmenge im Verhältnis zur Nachfrage knapp zu halten, damit der Wert des Geldes zeitlich gegen Inflation und räumlich in der Währungskonkurrenz stabil gehalten wird. Geld hat, so lässt sich argumentieren, zwei Preise: einen zeitlichen, den Zins, und einen räumlichen, den Wechselkurs (vgl. Altvater/Mahnkopf 2002, S. 160). Bei freiem Geld- und Kapitalverkehr und voller Konvertibilität der Währungen kann ein Preisverfall im Raum, also die Abwertung der Währung, nur gestoppt werden, wenn der Preis in der Zeit, also der Zins angehoben wird. Daraus ergibt sich ein Dilemma: Ein stabiler Wechselkurs schliesst eine unabhängige Geldpolitik und einen freien Kapitalverkehr aus. Freie Wechselkurse haben somit eine Auswirkung auf den Preis des Geldes in der Zeit, den Zins. Eine Folge davon ist, dass sich Investitionen in produktives Kapital, vor allem über Schulden (vor-)finanziert, sich unter Umständen nicht mehr lohnen. Denn bei freien Wechselkursen ist es für die Zentralbanken »rational«, einer etwaigen Abwertung der eigenen Währung durch eine Hochzinspolitik entgegenzuwirken. Und zu hohe Zinsen führen dazu – zumal wenn sie über der Rentabilität produktiver Investitionen oder der Wachstumsrate des Sozialprodukts liegen –, dass die »Bedienung« der Schulden aus der produktiven Masse getätigt werden muss und damit das Wachstum zurückgeht. Es gibt noch einen weiteren Grund für den Anstieg der Zinsen in einem System freier Wechselkurse: die durch die Liberalisierung gegebene Möglichkeit, schnell Geldkapital zu mobilisieren. Droht der Wertverlust einer Währung, haben Geldvermögensbesitzer die Möglichkeit, ihr Vermögen in eine stabilere Währung einzutauschen. Aufgrund dieser latent drohenden Dynamik befinden sich die Währungen in einem beständigen Stabilitätswettkampf miteinander.

Unter den Bedingungen einer Hochzinspolitik lohnt es sich also einerseits nicht, in produktive Sektoren zu investieren, andererseits ist es ein Risiko, wenn damit die Aufnahme von Schulden verbunden ist. Dieser Umstand führt in den jeweiligen Nationalökonomien zu einem Rückgang des Bruttoinlandsproduktes (BIP). Für die nationalstaatliche Wirt-



schafts- und Finanzpolitik stellt er sich unter anderem als Rückgang der aus dem produktiven Sektor erwirtschafteten Gewinne und damit der Steuereinnahmen dar. Um dies auszugleichen, gibt es idealtypisch zwei Möglichkeiten: Zum einen die Aufnahme von Schulden, was sich aber unter dem Zwang zur Stabilität verbietet, zum anderen die Umverteilung der Schulden nach »unten« durch eine Erhöhung der Mehrwertabschöpfung und/oder eine Senkung der Löhne. Das hat Konsequenzen für die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse und die Handlungsfähigkeit des Staates. So steigt mit der Verstaatlichung der Schulden der Druck auf die Organisationen der Arbeit, »sich mit einem geringeren Anteil des BIP zufriedenzugeben, um die Renditeansprüche der grossen Geldvermögen erfüllen und zugleich die realen Investitionen stimulieren zu können« (Alt Vater/Mahnkopf 2002, S. 173). Die Gewerkschaften befinden sich damit in einer prekären Situation, denn sie müssen sich auf eine Stagnation oder Senkung der Reallöhne einlassen, »und sie können sicher sein, dass der so geförderte weitere Anstieg von Geldvermögen, die ja quantitativ immer weiter steigende Renditeansprüche generieren, die Krisenhaftigkeit des globalen Finanzsystems enorm steigern« (ebd.).

Der Aufstieg des Neoliberalismus

Mit diesen Entwicklungen einher geht seit den 1970er Jahren ein wirtschaftspolitischer Paradigmenwechsel, der zum einen mit der Defizitpolitik der USA zusammenhängt, zum anderen aber mit dem offensichtlichen Scheitern keynesianischer Steuerungspolitiken, die angesichts galoppierender Preise zu einer zunehmenden Militanz der ArbeiterInnenklasse führten und so dazu beitrugen, den fordistischen Wohlfahrtsstaat in die Krise zu treiben.

Seit Anfang der 1970 Jahre realisierte man innerhalb der US-Administration »dass eine offene, liberalere internationale Finanzordnung den USA angesichts von zunehmenden externen und internen Defiziten helfen würde, die politische Autonomie zu bewahren« (Helleiner 1996, S. 112, Übers. J. K.). Insofern war es letztlich nur konsequent, dass die US-Regierung unter dem Republikaner Nixon 1971 die Golddeckung des Dollars aufgab. Damit stand das von Milton Friedman schon 1953 propagierte kontrollierte *floaten* der Wechselkurse auf der währungspolitischen Agenda, plus Geldmengensteuerung und weitere politische Massnahmen wie vor allem die Reduzierung staatlicher Ausgaben zugunsten geringerer steuerlicher Belastung der (investitionsbereiten) Bürger.

Waren derartige Argumente im Rahmen des Bretton-Woods-Systems lange Zeit in der Minderheitenposition, gewannen sie im Licht der dargestellten Entwicklungen – zusammen mit einer wachsenden Skepsis ge-



genüber keynesianischen Konzepten – zunehmend an Popularität, wovon exemplarisch die Nobelpreise für Friedrich Hayek und Milton Friedman 1974 und 1975 zeugen (Candeias 2004, S. 110). Vor diesem Hintergrund wurden die Spekulationen auf den Finanzmärkten zu einem »entscheidenden Einflussfaktor staatlicher Entscheidungsprozesse« (Setton 2001, S. 21). Die politische Wende hin zur Austeritätspolitik, die vielfach von sozialdemokratischen Regierungen vollzogen wurde und einen Wandel der Staatsfunktionen im Sinne einer angebotsorientierten Sparpolitik nach sich zog, führte jedoch dazu, dass die den fordistischen Wohlfahrtsstaat kennzeichnende tripartistische Konsenspolitik nicht mehr aufrecht zu erhalten war.

Parallel dazu kam es im Zuge der einsetzenden mikroelektronischen Revolution zu einer zunehmenden Internationalisierung der Produktion, bei der die Länder des globalen Südens fortan nicht mehr als blosse Rohstofflieferanten fungierten, sondern zunehmend in die Produktionsketten selbst mit einbezogen wurden (Fröbel et al. 1977; Aglietta 1979; Lüthje et al. 2002). Angesichts dieser Konstellation spitzte sich, auch aufgrund der Proteste der Neuen Sozialen Bewegungen, das Legitimationsdefizit des fordistischen Wohlfahrtsstaates zu. In dieser Situation schafften es vor allem neoliberal, neokonservativ ausgerichtete Parteien, an die Macht zu gelangen. Sie machten sich daran, den aus ihrer Perspektive durch »organisierte Interessen« geknebelten Sozialstaat zu »befreien«, dessen Grenze angesichts chronischer Arbeitslosigkeit, der Investitionsschwäche der Unternehmen und der hohen Verschuldung der öffentlichen Haushalte erreicht worden sei (vgl. kritisch hierzu Saage 1983, 100ff.) Damit einher ging ein neuerlicher Funktionswandel des Staates: Nicht mehr Wohlfahrt, soziale Sicherheit und konsensuelle Einbindung auch der unteren Klassen standen auf der Agenda, sondern es wurde im Gegenteil argumentiert, dass zu hohes Anspruchsdenken und Leistungsverweigerung Ursache für die Krise seit den 1970er Jahren seien. Und unter dem Diktum des »Strong State and the Free Economy« (Gamble 1994) machten sich die neoliberalen, neokonservativen Regierungen daran, den Sozialstaat zurückzubauen und mehr Wettbewerb und Markt einzuführen, was mit einem Rück- und Umbau der traditionellen Sektoren der industriellen Produktion einherging. So wurden zusehends jene Sektoren geschwächt, in denen die Gewerkschaften in den 1960er und 70er Jahren ihren stärksten Rückhalt hatten (Borchert 1995).

Mit unterschiedlicher Geschwindigkeit und Prioritätensetzung machten sich die staatlichen Politiken unter dem Wettbewerbsimperativ daran, die besten Standortbedingungen für das global operierende Kapital bereit zu stellen (Hirsch 1995; Kannankulam 2008). Stephen Gill (2000)



sagt in diesem Zusammenhang, dass sich aus diesen Prozessen ein »disziplinierender Neoliberalismus« und als dessen politisch-rechtliche Dimension ein »neuer Konstitutionalismus« herauskristallisiert habe. Demnach konstituierte sich im Zuge der Krisen der 1970er Jahre – unter anderem durch die am ›Washington Consensus‹ beteiligten Institutionen (Gill 2000, S. 5) – ein global wirksames System, dessen Ziel die weltweite Etablierung einer in zehn Zielen definierten ökonomischen Ordnung und Disziplin ist.² Neben dem Internationalen Währungsfond, dem General Agreement on Tariffs and Trade (GATT) und der Gruppe der sieben führenden Industrieländer als zentralen Regimen, gelten aus dieser Perspektive auch die regionalen Prozesse ökonomischer Integration wie die Europäische Union (EU), die North American Free Trade Association (NAFTA) oder die Association of Southeast Asian Nations (ASEAN) als Ausdruck und Stützen des neoliberal-monetaristisch ausgerichteten »Neuen Konstitutionalismus«, der »die Vernetzung des globalen Kapitals und die Intensivierung der Marktdisziplin und damit die Kommodifizierung von Sozialbeziehungen vorantreibt« (Bieling/Deppe 1996, S. 733; vgl. Gill 1992).

Gekoppelt an diesen Prozess der transnationalen Etablierung und Durchsetzung des Neoliberalismus ist ein multidimensionaler Umbau der Gesellschaftsordnungen. Es kommt zu einer Verlagerung und Verschiebung der Staatsfunktionen und zu einer Neukonfiguration der Staatsapparate, das heisst zur »Aufwertung von relativ eng an den Weltmarkt gekoppelten Staatsapparaten (Finanzministerien, Zentralbanken etc.)« und zur »Subordination von Ministerien für Beschäftigung und soziale Sicherheit« (Bieling/Deppe ebd.). Der damit einhergehende Funktionswandel des Staates darf trotz aller Rede vom schlanken Staat nicht darüber hinwegtäuschen, dass dieser Wandel keinesfalls einen Rückzug des Staates bedeutete (vgl. Kannankulam 2008a). Denn zum einen ist auch der vordergründige *Rückzug* des Staates aus den Bereichen soziale Sicherheit, Bildung, Gesundheit etc. eine *politische* Entscheidung mit vielfach drastischen Konsequenzen für die Betroffenen. Zum anderen kommt es angesichts der wachsenden Bevölkerungsanteile, die von einer angemessenen gesellschaftlichen Teilhabe abgehängt und aus Herrschafts- und Kontrollperspektive Teil einer Risikopopulation sind (Singelstein/Stolle 2006, S. 57), zu einem deutlichen Ausbau der sogenannten repressiven Staatsapparate. Angesichts dieser Situation sind es laut Loïc Wacquant (2000, S. 11) dieselben Instanzen, »die gestern noch (...) für ›weniger Staat‹ eintraten, wo es um die Vorrechte des Kapitals und die Ausnutzung der Arbeitskraft ging, (die) heute mit ebensolchem Eifer ›mehr Staat‹ (fordern), um die verheerenden sozialen Folgen ein-



zudämmen und zu kaschieren, die in den unteren Regionen des sozialen Raums durch die Deregulierung des sozialen Raums, durch die Deregulierung der Lohnarbeitsverhältnisse und den Abbau sozialer Sicherung entstanden sind«. Somit ist ein zentrales Ergebnis neoliberaler Politik die systematische Erzeugung von Devianzphänomenen, auf die dann in populistisch wirksamer Weise repressiv reagiert wird (Wacquant 2000, S. 85ff.; De Giorgi 2006; grundlegend: Hall et al. 1978). In diesem Sinne gehen neoliberale De-Regulierung und Sozialstaatsabbau systematisch Hand in Hand mit dem Ausbau des »starken Staates«, wie Andrew Gamble (1988) mit dem Diktum vom »Strong State and the Free Economy« schon für den Thatcherismus betonte.

Der autoritäre Etatismus in der Eurokrise?

Dass mit dem Ausbruch der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise das Versprechen, durch mehr Markt und Liberalisierung zu mehr Wachstum und Wohlstand zu gelangen, ebenfalls deutlich in die Krise geriet, liess so manchen vermuten (oder hoffen), dass der Neoliberalismus oder gar der Kapitalismus als Ganzes in die Krise geraten sei. Mit der Implementierung keynesianisch anmutender »Rettungs-« und Konjunkturprogramme und der vielerorts vollzogenen Verstaatlichung von Banken war auch die Rede von der Notwendigkeit, die Finanzmärkte stärker kontrollieren zu wollen, nicht länger tabu. Gleichzeitig liessen die Schnelligkeit und die Art und Weise, in der diese Programme vielfach implementiert wurden, zusammen mit der damit verbundenen Last der hohen Staatsschulden schnell deutlich werden, dass keinesfalls grundlegend mit dem neoliberalen Paradigma gebrochen wurde.

Ähnlich wie Anfang der 1980er Jahre in den USA und später in der BRD (vgl. Borchert 1995, S. 199) lässt sich im Zuge der aktuellen Krise insbesondere in der europäischen Peripherie zeigen, dass die leeren Staatskassen ein zentrales Argument dafür waren, einen drastischen Sozialabbau zu betreiben (vgl. Bieling 2011). Darüber hinaus kam und kommt es zu einer neuerlichen Aufwertung der staatlichen Exekutiven, besonders der neoliberal ausgerichteten Staatsapparate wie den Finanzministerien oder den Zentralbanken, die gemeinsam mit den europäischen Exekutivapparaten wie der Europäischen Kommission und der mächtigen finanzpolitischen Generaldirektorate darin (z.B. GD Econfin, Europäische Zentralbank) die Gunst der Stunde beziehungsweise die Krise dazu nutzten, um autoritäre Austeritäts- und Kontrollprogramme aufzulegen, so etwa die Fiskalunion oder die Programme einer europäischen »Economic Governance« (Oberndorfer 2012; Klatzer/Schlager 2011). Mit dem gleichzeitig neu geschaffenen Modus des umgekehrten



Mehrheitsverfahrens (Reverse Majority Vote), wonach binnen zehn Tagen eine Mehrheit im Europäischen Rat zustande kommen muss, um Sanktionen abzuwehren, und der Möglichkeit der europäischen Exekutive, die nationalen Haushaltsplanungen zu kontrollieren, kam es – entgegen dem neoliberalen Paradigma – einmal mehr keineswegs zu einem Rückbau des Staates per se. Wie an der Tragödie in Griechenland (aber nicht nur hier) erkennbar, fand im Zuge der Krise eine Verhärtung derjenigen Apparate statt, die mit autoritären Austeritätsprogrammen vor allem die Interessen der Gläubiger bedienten. Gleichwohl, und das ist eine neue Qualität im Verlauf der Krise, spielen die autoritären Staatsapparate innerhalb des »Europäischen Staatsapparateensembles« (Buckel et al. 2014, 37ff.) zunehmend über die europäische »Bande«, und es kommt dabei zu zunehmenden Widersprüchen, die bisweilen quer zu den Nationalstaaten liegen. Entsprechend wäre es auch hier verkürzt, die »guten« Nationalstaaten gegen die »böse« neoliberale EU auszuspielen. Denn wie in der Griechenland-Debatte erkennbar, war es eine Allianz von Akteuren, die gemeinsam mit mächtigen Nationalstaaten in Europa die neoliberale Agenda autoritär verfestigen konnten, allerdings um den Preis, dass das sowieso schon relativ instabile Kompromissgleichgewicht in Europa zunehmend brüchiger wurde. Hierin liegt allerdings eine ähnliche Gefahr, die schon Nicos Poulantzas in einem anderen Kontext Ende der 1970er Jahre hinsichtlich des Aufkommens eines »autoritären Etatismus« beschrieb (vgl. Kannankulam 2013). Paradoxerweise – so die Argumentation, die auch für die derzeitige Situation in Anschlag gebracht werden kann – führt die in der Krise durchgesetzte relative Verselbstständigung der Exekutive und die Verlagerung von Entscheidungsbildungsprozessen auf die (europäische) Verwaltung und Bürokratie dazu, dass die zur Krisenlösung vorgenommenen Verschiebungen und Verlagerungen von Entscheiden inklusive deren Massnahmen spezifische Kapitalfraktionen bevorteilen und andere benachteiligen – mitsamt den entsprechenden Auswirkungen auf breite Teile der europäischen Bevölkerungen –, mittelfristig selber »Faktoren einer Krise [zu werden], die dadurch mehr wird als eine bloss ökonomische Krise.« (1978/2002, S. 241). Ausgang: offen.



Anmerkungen

- 1 Die International Bank for Reconstruction and Development (IBRD).
- 2 Dies sind 1) Fiskalische Disziplin; 2) Umleitung öffentlicher Ausgaben in Felder, die sowohl wirtschaftliches Wachstum als auch eine gleichmässiger Einkommensverteilung versprechen; 3) Steuerreform (niedrigere marginale Steuersätze, breitere Steuerbasis); 4) Liberalisierung des Finanzmarktes; 5) Schaffung eines stabilen, wettbewerbsfähigen Wechselkurses; 6) Handelsliberalisierung; 7) Beseitigung von Marktzutrittschranken/Liberalisierung ausländischer Direktinvestitionen (Gleichbehandlung ausländischer und inländischer Firmen); 8) Privatisierung; 9) Deregulierung (Abschaffung von Marktzutritts- und Austrittsbarrieren); 10) Gesicherte Eigentumsrechte (Williamson 1990, 2f.).

Literatur

- Aglietta, Michel: Die gegenwärtigen Grundzüge der Internationalisierung des Kapitals. Die Wertproblematik. In: Deubner; Rehfeldt; Schlupp; Ziebura (Hg.): Die Internationalisierung des Kapitals. Campus, Frankfurt a.M., 1979.
- Altwater, Elmar: Geld, Globalisierung, hegemoniale Regulierung. In: Becker; Sablowski; Schumm (Hg.): Jenseits der Nationalökonomie. Argument, Hamburg, 1997. S. 96–122.
- Altwater, Elmar; Mahnkopf, Birgit: Grenzen der Globalisierung. Westfälisches Dampfboot, Münster, 2002.
- Bieling, Hans-Jürgen: Vom Krisenmanagement zur neuen Konsolidierungsagenda der EU. In: Prokla. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft 41(2)/2011. S. 173–194.
- Bieling, Hans-Jürgen; Deppe, Frank: Gramscianismus in der Internationalen Politischen Ökonomie. Eine Problemskizze. In: Das Argument 217/1996. S. 729–740.
- Borchert, Jens: Die Konservative Transformation des Wohlfahrtsstaates: Grossbritannien, Kanada, die USA und Deutschland im Vergleich. Campus, Frankfurt a.M., 1995.
- Buckel, Sonja; Georgi, Fabian; Kannankulam, John; Wissel, Jens: Theorie, Methode und Analysen kritischer Europaforschung. In: Forschungsgruppe Staatsprojekt Europa (Hg.): Kämpfe um Migrationspolitik. Bielefeld, 2014. S. 15–84.
- Candeias, Mario: Neoliberalismus – Hochtechnologie – Hegemonie: Grundrisse einer transnationalen kapitalistischen Produktions- und Lebensweise. Eine Kritik. Argument, Hamburg, 2004.
- De Giorgi, Alessandro: Re-thinking the political economy of punishment. Ashgate, Aldershot, 2006.
- Fröbel, Folker; Heinrichs, Jürgen; Kreye, Otto: Die Neue Internationale Arbeitsteilung: Strukturelle Arbeitslosigkeit in den Industrieländern und die Industrialisierung der Entwicklungsländer. Rowohlt, Hamburg, 1977.
- Gamble, Andrew: The free economy and the strong state. The politics of Thatcherism. Palgrave, Houndmills, Basingstoke, 2. Auflage, 1994.
- Gill, Stephen: The emerging world order and european change: The political economy of European Economic Union. In: Miliband, Ralph; Panitch, Leo (Hg.): The New World Order, Socialist Register. London: Merlin, London, 1992. S. 157–196.
- Gill, Stephen (2000): The constitution of global capitalism. www.theglobalist.ac.uk.
- Hall, Stuart; Critcher, Chas; Jefferson, Tony; Clarke, John; Roberts, Brian: Policing the crisis. Mugging, the state and law and order. Palgrave, London, 1978.
- Helleiner, Eric: When finance was the servant: International capital movements in the Bretton Woods order. In: Cerny, Philip G. (Hg.): Finance and World Politics, 1993. S. 20–48.
- Helleiner, Eric (1996): States and the reemergence of global finance. From Bretton Woods to the 1990s. Cornell, Ithaca, London, 1996.
- Herr, Hansjörg: Geld, Währungswettbewerb und Währungssysteme: Theoretische und historische Analysen der internationalen Geldwirtschaft. Campus, Frankfurt a.M., 1992.
- Hirsch, Joachim: Der Nationale Wettbewerbsstaat. Staat, Demokratie und Politik im globalen Kapitalismus. Edition ID-Archiv, Berlin, 1995.
- Kannankulam, John: Autoritärer Etatismus im Neoliberalismus. Zur Staatstheorie von Nicos Poulantzas. VSA, Hamburg, 2008.
- Kannankulam, John (2008a): Konjunkturen der inneren Sicherheit. In: Prokla 152, 413–427.
- Kannankulam, John: Die Eurokrise zwischen miteinander ringenden Hegemonieprojekten



- und autoritärem Etatismus. In: Eis, Andreas; Büsing, Harald; Klöpfer, Manfred (Hg.): Demokratie in der Krise – Krisenpolitik und demokratische Legitimation. BIS-Verlag, Oldenburg, 2013. S. 17–34.
- Klatzer, Elisabeth; Schlager, Christa: Europäische Wirtschaftsregierung – eine stille neoliberale Revolution. In: Kurswechsel, Heft 1/2011. Beigewum, Wien. S. 61–81
- Lüthje, Boy; Schumm, Wilhelm; Sproll, Martina: Contract Manufacturing. Campus, Frankfurt a.M., New York, 2002.
- Oberndorfer, Lukas: Hegemoniekrise in Europa. Auf dem Weg zu einem autoritären Wettbewerbsetatismus? In: Forschungsgruppe Staatsprojekt Europa (Hg.): Die EU in der Krise. Zwischen autoritärem Etatismus und europäischem Frühling. Münster, 2012. S. 50–72.
- Offe, Claus: Reformpolitik und das Interesse des Staates an sich selbst. In: Offe, Claus: Strukturprobleme des kapitalistischen Staates: Aufsätze zur politischen Soziologie. Neuausgabe, herausgegeben und eingeleitet von Jens Borchert und Stephan Lessenich. Campus, Frankfurt a.M., New York, 1975/2006. S. 127ff.
- Poulantzas, Nicos: Staatstheorie. VSA, Hamburg, 1978/2002.
- Saage, Richard: Neokonservatives Denken in der Bundesrepublik. In: Fetscher, Iring (Hg.): Neokonservatismus und »Neue Rechte«. Beck, München, 1983. S. 66–116.
- Schroeder, Klaus: Der Weg in die Stagnation. Eine empirische Studie zur Konjunkturerwicklung und Konjunkturpolitik von 1967 bis 1982. Westdeutscher Verlag, Opladen, 1984.
- Setton, Daniela: Die Entwicklungsdynamik der Finanzmärkte als Teil der Internationalisierung des Kapitals. Diplomarbeit am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der J.W. Goethe Universität, Frankfurt a.M., 2001.
- Singelstein, Tobias; Stolle, Peer: Die Sicherheitsgesellschaft. Soziale Kontrolle im 21. Jahrhundert. VS, Wiesbaden, 2006.
- Shonfield, Andrew (1965): Modern capitalism. Oxford University Press, London u.a., 1965.
- Tetzlaff, Rainer: Weltbank und Währungsfonds – Gestalter der Bretton-Woods-Ära. Leske & Budrich, Opladen, 1996.
- Wacquant, Loïc: Elend hinter Gittern. UVK, Konstanz, 2000.
- Williamson, John: What Washington means by policy reform. In: Williamson, John (Hg.): Latin American adjustment: how much has happened? Institute for International Economics, Washington, D.C., 1990.